

«Am Ziel vorbei»

VU-Postulat zur Einführung eines Kindermodells gescheitert

VADUZ – Mit einem sogenannten Kindermodell wollte die VU-Fraktion Kinder im Sinne der Familienförderung stärker in den Vordergrund stellen. Mehrheitlich beurteilten die Abgeordneten die Vorschläge als nicht zielführend.

• Holger Franke

Ziel des Kindermodells sollte eine steuerfinanzierte Familienförderung sein und damit zur Entlastung von Steuerpflichtigen mit Kindern beitragen. In ihrem Postulat fordert die VU eine unterschiedliche Besteuerung für Personen mit Kindern gegenüber Kinderlosen oder auch Eltern, deren Kinder nicht mehr unter das Kindermodell fallen. Es soll zivilstandsunabhängig sein und maximal bis zum 25. Lebensjahr gelten. Ferner soll zusätzlich ein Kinderabzug für das zweite und jedes weitere Kind eingerechnet werden können. Ausserdem soll die Auszahlung einer Negativsteuer in Form von Gutscheinen geprüft werden. Nach Ansicht der VU könnte das Kindermodell aus dem Zukunftsfonds finanziert werden.

Marlies Amann-Marxer (VU) fasste zusammen, dass die Familienförderung seit Monaten zu den wichtigsten Agenden aller Parteien gehöre. Wo bei familienfördernden Massnahmen nun aber angesetzt werden sollte – darüber bestehe nicht immer Einigkeit. Familienförderung müsse aber viele Gesichter haben, um möglichst viele verschiedene Bedürfnisse erfüllen zu können. Marxer äusserte die Hoffnung, dass aus den zahlreichen bislang gemachten Vorschlägen am Ende das Optimum erreicht werde. Mit dem Postulat wolle die VU ihre Ideen zur Familienförderung einbringen.

Andrea Matt (FL) zeigte sich skeptisch: «Auch nach mehrmaligem Lesen des Postulats ist zunächst unklar, welche familienpolitischen Ziele die VU verfolgt – zu verwir-

FOTO PAUL TRUMMER



Doris Frommelt (FBP) konnte dem VU-Postulat wenig Positives abgewinnen.

rend sind die Aussagen», so Matt, die sich gegen eine Überweisung aussprach. «Zu viel Luft und wenig Handfestes», so ihr Urteil, insbesondere, da das Postulat aus ihrer Sicht keine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf brächte.

Kritik von der FBP

Vonseiten der FBP-Fraktion erteilte der Vorstoss der VU Kritik und Unverständnis. Die Abgeordnete Doris Frommelt (FBP) erinnerte daran, dass die Regierung bereits am 19. September den Auftrag erhalten hat, eine entsprechende Gesetzesvorlage zu erarbeiten. Warum nun nicht wenigstens der Bericht und Antrag mit dem Vernehmlassungsbericht zum Familiengeld abgewartet werde, sei ihr nicht ersichtlich.

Aber auch sachlich musste sich die VU Kritik gefallen lassen. Von einer steuerlichen Entlastung würde nur ein geringer Teil der Bevölkerung profitieren – Familien mit niedrigem Einkommen, aber auch Familien aus dem Mittelstand hätten praktisch wegen der ohnehin geringen steuerlichen Belastung kaum einen Nutzen, argumentierte Frommelt. Wendelin Lampert (FBP) machte deutlich, dass die Anliegen der Postulanten bereits heute grösstenteils mit den bestehenden Gesetzen umgesetzt werden können.

«Komplett unausgegoren»

Auf besondere Zweifel stiess der Vorschlag der Finanzierung aus dem Zukunftsfonds – nicht nur weil das Postulat keinen konkreten Kos-

tenrahmen enthält: «Das Fehlen von ernsthaften Fragen und der seriösen Auseinandersetzung mit diesem Thema belegen mein starkes Gefühl, dass hier aus rein parteipolitischen Überlegungen rasch ein Postulat erarbeitet und eingereicht wurde. Es schießt aber am Ziel einer sinnvollen Familienförderung vorbei und ist komplett unausgegoren», kritisierte Markus Büchel (FBP). Auch Alois Beck (FBP) bezeichnete das Postulat als konzeptlos und widersprüchlich. Henrik Caduff (VU) verteidigte das Postulat, wies die Kritik entschieden zurück und warf der Gegenseite ihrerseits parteipolitische Überlegungen vor. Am Ende sprachen sich nur 10 Abgeordnete für die Überweisung an die Regierung aus.